Stadt Plauen
Stadtrat

Plauen, 06. Februar 2018

Niederschrift
über die 37. Sitzung des Stadtrates

Sitzung am :	Dienstag, den 30.01.2018
Sitzungsort:	im Großen Ratssaal des Rathauses

Beginn: 15:30 Uhr **Ende:** 19:17 Uhr

Anwesenheit:
Von 43 stimmberechtigten Mitgliedern sind 28 ständig anwesend.

Vorsitzender: Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer

Stimmberechtigtes Mitglied	Stimmberechtigtes Mitglied	Stimmberechtigtes Mitglied
Andre Bindl	Christian Hermann	Wolf-Rüdiger Ruppin
Ralf Bräunel	Daniel Herold	Thomas Salzmann
Thomas Fiedler	Wolfgang Hinz	Jörg Schmidt
Hansgünter Fleischer	Klaus Jäger	Uta Seidel
Klaus Gerber	Tobias Kämpf	Bernd Stubenrauch
Sven Gerbeth	Monika Mühle	Christa Süß
Alexandra Glied	Petra Rank	Frank Thieme
Claudia Hänsel	Dieter Rappenhöner	Hansjoachim Weiß
Andre Hegel	Ilka Reißner	Frank Michael Zabel

Zeitweise Anwesende:
Zeitweise anwesend sind 11 stimmberechtigte Mitglieder.

Stimmberechtigtes Mitglied	während TOP
Dieter Blechschmidt	zeitweise anwesend ab TOP 2.3.
Dirk Brückner	zeitweise anwesend ab TOP 1.1.
Ingo Eckardt	zeitweise anwesend ab TOP 1.1.
Christian Erdmann	zeitweise anwesend ab TOP 1.1.
Ronny Hagen	zeitweise anwesend ab TOP 2.2. bis TOP 3.
Kerstin Knabe	zeitweise anwesend bis TOP 2.3.
Prof. Dr. Lutz Kowalzick	zeitweise anwesend bis TOP 4.3.
Rico Kusche	zeitweise anwesend bis TOP 4.3.
Steffen Müller	zeitweise anwesend bis TOP 5.1.
Tobias Rüdiger	zeitweise anwesend ab TOP 1.1.
Annekatrin Schicker	zeitweise anwesend ab TOP 2.3.

Abwesende:
Abwesend sind 4 stimmberechtigte Mitglieder.

Stimmberechtigtes Mitglied	Abwesenheitsgrund
Xenia Boerner	entschuldigt
Rene Fischer	entschuldigt
Juliane Pfeil-Zabel	entschuldigt
Benjamin Zabel	entschuldigt

Mitglieder der Verwaltung:

Name	Funktion	Anwesenheit
Herr Zenner	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Herr Sárközy	Bürgermeister Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Herr Brückner	Leiter Büro Oberbürgermeister	zu allen TOP
Herr Uebel	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Herr Sorger	Wirtschaftsförderer	zu allen TOP
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	zu allen TOP
Frau Seeling	Ausländer- und Behindertenbeauftragte	zu allen TOP
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb GAV	öffentlicher Teil
Frau Ullmann	Leiterin Fachbereich Sicherheit und Ordnung	ab TOP 2.4.
Frau Karliner	Leiterin Fachgebiet Personal/Organisation	öffentlicher Teil
Frau Karas	Leiterin Fachgebiet Steuern und Abgaben	öffentlicher Teil
Frau Kramer	Controllerin	öffentlicher Teil
Frau Spranger	Controllerin	öffentlicher Teil
Frau Winkler	Leiterin Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt	öffentlicher Teil
Herr Ullmann	Leiter Fachgebiet Tiefbau	öffentlicher Teil
Herr Markert	Eigenbetrieb GAV	öffentlicher Teil
Frau Eichler	Eigenbetrieb GAV	öffentlicher Teil
Herr Tillmann	Bereichsjurist Geschäftsbereich OB	öffentlicher Teil

Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:	
Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, Fraktion FDP/Initiative Plauen	zu allen TOP
Herr Dolata, SPD/Grüne-Fraktion	zu allen TOP
Vertreter des Seniorenbeirates	öffentlicher Teil
Vertreter der Presse	öffentlicher Teil
Herr Polizeipräsident Conny Stiehl	öffentlicher Teil

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
1.1. Tagesordnung
1.2. Beantwortung von Anfragen
1.3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der 36. nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 19.12.2017
1.4. Informationen des Oberbürgermeisters
2. Beschlussfassung
2.1. Grundstücksverkehr (Verkauf Gewerbegebiet Plauen-Neuensalz Süd)
Drucksachennummer: 696/2017
2.2. Grundstücksverkehr (Verkauf Gewerbepark Reißig)
Drucksachennummer: 705/2017
2.3. Umbau der Halle 2 der "Hempelschen Fabrik" zu einer Kindertagesstätte
Drucksachennummer: 713/2017
2.4. Umnutzung des Weisbachschen Hauses zu einem Textilzentrum Plauener Spitze
Drucksachennummer: 697/2017
2.5. Antrag der CDU-Fraktion zur Änderung des § 4 (5) der Hundesteuersatzung
Reg. Nr. 225-17
- Stellungnahme der Verwaltung

3. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 37. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift Frau Ilka Reißner, Fraktion DIE LINKE., und der Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion bestellt.

Oberbürgermeister Oberdorfer hebt hervor, dass heute keine Einwohnerfragestunde stattfinden wird, auch wenn manche Besucher davon ausgegangen sind. Er verweist auf die nächste Sitzung des Stadtrates am 27.0.20218. Dort wird eine Einwohnerfragestunde stattfinden.

1.1. Tagesordnung

keine Hinweise zur Tagesordnung.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass die Niederschrift der letzten Stadtratssitzung noch nicht vorliegt, da es ein zeitliches Problem mit der Unterzeichnung gab.
Deshalb soll diese Niederschrift in der nächsten Sitzung dem Stadtrat zur Kontrolle vorgelegt werden.

1.2. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen aus der letzten Stadtratssitzung

1.3. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der 36. nichtöffentlichen Sitzung des Stadtrates am 19.12.2017

Der Stadtrat der Stadt Plauen hat genehmigt, ein Flurstück der Gemarkung Kleinfriesen (Gewerbegebiet Neuensalz-Süd) antragsgemäß an ein bereits in Plauen ansässiges Unternehmen zu veräußern und es hierzu rechtsaufsichtlich genehmigungsfähig bis zur Gesamtinvestitionssumme zu verpfänden.

1.4. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Oberdorfer bedankt sich im Name der Stadt Plauen, des Stadtrates, des Bürgermeisters Steffen Zenner und des Polizeipräsidenten Herrn Conny Stiel bei den beiden Brandhelfern Julian Walther und Maurice Fabrizius.
Die beiden jungen Männer unterstützten die Rettungskräfte, als am 29.12.2017 ein Haus in der Trockentalstraße brannte.
Weitere zwei Brandhelferinnen können an der Ehrung nicht teilnehmen, werden aber zu einem späteren Zeitpunkt in das Rathaus eingeladen.

2. Beschlussfassung

2.1. Grundstücksverkehr (Verkauf Gewerbegebiet Plauen-Neuensalz Süd)
Drucksachennummer: 696/2017

Herr Sorger, Wirtschaftsförderer der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt, das Flurstück 257, Gem. Kleinfriesen, mit einer Größe von 5.571 m² im Gewerbegebiet Plauen-Neuensalz Süd zum Preis von 68.525 EUR antragsgemäß an das Unternehmen Federntechnik Knörzer GmbH oder an einen von diesen benannten, mindestens gleichwertigen Investor für 12,00 EUR/m² zu veräußern und es hierzu rechtsaufsichtlich geneh-migungsfähig bis zur Gesamtinvestitionssumme zu verpfänden.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/18-1

2.2. Grundstücksverkehr (Verkauf Gewerbepark Reißig)
Drucksachennummer: 705/2017

Herr Sorger, Wirtschaftsförderer der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt, das Flurstück 417/8 mit einer Größe von 4.443 m², Gem. Reißig, im Gewerbepark Reißig zum Preis von 53.982,45 EUR antragsgemäß an das Unternehmen AutomatisierungsTechnik Graf oder an einen von diesem benannten, mindestens gleichwertigen Investor für 12,15 €/m² zu veräußern und es hierzu rechtsaufsichtlich genehmigungs-fähig bis zur Gesamtinvestitionssumme zu verpfänden.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/18-2

2.3. Umbau der Halle 2 der "Hempelschen Fabrik" zu einer Kindertagesstätte
Drucksachennummer: 713/2017

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, teilt mit, dass dringend neue Kita-Plätze benötigt werden. Tatsächlich ist es so, dass im letzten Jahr 50 Kinder mehr geboren wurden, als vom Statistischen Landesamt für 2017 eingeschätzt wurde. Nunmehr sollen mit dem Bau einer weiteren Kita in der Elsteraue 80 Kindergartenplätze und 40 Hortplätze geschaffen werden. 25 Fachkräfte werden hierdurch ebenfalls benötigt. Bewerbungen können jederzeit an die Stadtverwaltung Plauen gestellt werden.
Im Januar 2020 soll diese neue Einrichtung eröffnet werden. Synergieeffekte mit der derzeit schon bestehenden Kindertageseinrichtung werden erhofft, z. B. könnten Spät- und Frühdienste von beiden Einrichtungen kombiniert werden. Ein effizienter Personaleinsatz könnte dadurch erreicht werden.

Herr Sárközy, Bürgermeister Geschäftsbereich II, spricht zur Einordnung dieser neuen Kindertageseinrichtung in die städtebaulichen Situation der Elsteraue.

Wichtig ist Bürgermeister Sárközy vor allem, dass der festgesetzte Kostenrahmen bei der Planung eingehalten wird. Beide Vorlagen – zur Kindertagesstätte und auch zum Weisbachschen Haus (TOP 2.4.) – wurden in einem sehr zeitigen Stadium ausgereicht. Bei beiden Vorhaben ist der Kostenrahmen noch nicht exakt definiert aber daran wird seitens der Verwaltung gearbeitet.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass die Stadt Plauen die ersten drei Leistungsphasen dieses Objektes an das Büro Hofmann.Seifert.Partner aus Zwickau vergeben hat.

Herr Markert, Eigenbetrieb GAV, stellt anhand einer Präsentation den aktuellen Planungsstand für den Umbau der Halle 2 zur Kita in der Elsteraue vor. Er weist u. a. darauf hin, dass weitere sinnvolle Kürzungsmöglichkeiten im Rahmen der weiteren Planung untersucht werden solle, um den verein-barten Finanzrahmen (Gesamtkosten von 5,8 Mio. EUR) sicherzustellen. Eine Möglichkeit bestünde hierbei in einer kostengünstigeren Gestaltung der Außenfassaden.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass hier von der Gesamtgröße her wohl der exklusivste Kindergarten in der Stadt Plauen entstehen wird.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, fragt nach, wie hoch die Kosten für die 1. Kita in der Elsteraue waren.

Herr Markert teilt mit, dass die Kita Sonnenblume im Jahr 2010/2011 als Neubau knapp 2 Mio. EUR gekostet hat. Dazu muss aber ausgeführt werden, dass es sich bei der neuen Kita um eine wesentlich größere Bestandsfläche handelt und auch Altsubstanz gemäß Fördermittelbescheid erhalten werden muss.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass die Erschließungskosten für das Grundstück der 1. Kita sowie der Abbruch der alten Gebäude im Betrag der genannten 2 Mio. EUR nicht mit aufgeführt sind.

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt vor, dieses Thema bei Bedarf noch einmal im Stadtbau- und Umweltausschuss darzustellen.

Weiterhin fragt Stadtrat Gerbeth nach, ob es den Tatsachen entspricht, dass für die Verkehrsgestaltung (Zufahrt, Gestaltung verkehrsberuhigter Bereich) zur Erreichbarkeit der 2. Kita Teile der Außen-analgen der anderen Kita (Spielgeräte usw.) beseitigt werden müssen.

Herr Markert antwortet, dass ein Teil der Außenanlage (ca. 5 m breiter Streifen) der Kita Sonnen-blume für die Zufahrt von der Färberstraße zum neuen Parkplatz benötigt. In diesem Bereich stehen Spielgeräte und ein Lagercontainer. Diese Sachen werden auf dem relativ großen Gelände umgesetzt.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, unterstützt den Vorschlag der Verwaltung. Die Kita wird für die Stadt Plauen dringend benötigt.

Stadtrat Rappenhöner stellt folgende Fragen zum Außengelände:

1. Warum ist der vom Unikatverein (Weberhäuser) angebotene Flächentausch nicht möglich?
2. Warum muss die sehr große Kastanie hinter dem Nordgebäude weg?
3. Mit dem „kleine Wäldchen“ auf dem Gelände sollte man restriktiv umgehen, den größeren Baumbestand (Pappeln) stehen lassen.
4. Könnte es die Stadt ermöglichen, dass man über Baumspenden oder Spielgerätespenden einen kleinen Fonds bildet? Hierzu würde durchaus Bedarf bestehen.

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt vor, diese Fragen ebenfalls noch einmal im Stadtbau- und Umweltausschuss darzustellen.

Für Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, stellt sich mit dem Umbau dieses Gebäudes zu einer Kindertageseinrichtung ein bewegender Moment dar. Einerseits wird eine Industriebrache in der Innenstadt „neues Leben eingehaucht“.

Stadtrat Kämpf betont aber gleichzeitig, dass Kinder nicht nur als „Humankapital für spätere Altersvorsorge“ gesehen werden sollten und dass auch die beste Kindertageseinrichtung nicht die Liebe
und Fürsorge von Eltern ersetzen könne. Er hat den Eindruck, dass in der heutigen Gesellschaft die Tendenz dahin geht, dass immer mehr Erziehungs- und Fürsorgeleistungen der Eltern auf den Staat übertragen würden. Hier sollte von allen Seiten darauf hingewirkt werden, dass die Familien selbst befähigt werden, für ihre Kinder da zu sein. Eine Kindertageseinrichtung stelle hierbei eine sehr gute Ergänzung dar, sollte dies aber nicht ersetzen.

Weiterhin spricht Stadtrat Kämpf die Förderung i. H. v. 3,9 Mio. EUR an. Er bedankt sich an dieser Stelle dafür, dass Bund und Land diese Fördermöglichkeiten bereitstellen. Für zukünftige Haushalte hält es Stadtrat Kämpf für wichtig, verantwortungsvoll mit den Geldern umzugehen, damit eben auch solche Projekte finanziert werden können.

Bezüglich Einsparpotential fragt Stadtrat Kämpf nach, ob das in der Planung vorgesehene Satteldach benötigt oder eventuell durch ein kostengünstigeres Flachdach ersetzt werden könnte.

Stadtrat Kämpf vertritt die Meinung, dass die Stadt Plauen in den vergangenen Jahren gute Erfah-rungen mit vielfältigen Betreuungsmöglichkeiten gemacht habe, z. B. Tagesmütter und Einrichtungen von Freien Trägern. An dieser Stelle möchte er darauf hinweisen, dass auch diese dahingehend unterstützt werden sollten, ihr Angebot ausweiten zu können.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass derzeit über 300 neue Plätze im Bereich der Kinder-betreuung in Plauen geschaffen werden, welche durch die Stadt Plauen mitfinanziert werden (z. B. auch An- und Umbau bei Einrichtungen von Freien Trägern).

Bezüglich des Satteldaches teilt Oberbürgermeister Oberdorfer mit, dass sich gemäß Förderbescheid die Hempelsche Fabrik in ihrem Ursprung ein Stück weit abbilden soll. Deshalb wäre die Stadt Plauen in der Gestaltung des Gebäudes nicht ganz frei.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE. begrüßt im Namen ihrer Fraktion dieses Projekt. Sie fragt nach, ob eine Anbindung an die öffentlichen Nahverkehrsmittel in diesem Bereich vor-gesehen ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass die Kindertageseinrichtung durch die Haltestelle am Neustadtplatz gut zu erreichen sei.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, fragt nach, ob es wirklich sinnvoll sei, diese neue Kita dort zu bauen. Seiner Meinung wäre es vielleicht klüger, an verschiedenen Plauener Kindertagesstätten für die Aufstockung von Plätzen zu investieren, um eine wohnortnahe Unterbringung von Kindern zu ermöglichen.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist hierzu auf den entsprechend gefassten Stadtratsbeschluss zum Konzept für die Hempelsche Fabrik hin.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt den Stand der Entwurfsplanung für den Umbau der ehemaligen Hempelschen Fabrik Halle 2 zu einer Kindertagesstätte zur Kenntnis und bestätigt diesen als Grund-lage für die Weiterführung der Planungen.

Abstimmungsergebnis: 35 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 4 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/18-3

2.4. Umnutzung des Weisbachschen Hauses zu einem Textilzentrum Plauener Spitze
Drucksachennummer: 697/2017

Frau Winkler, Fachgebietsleiterin Stadtplanung und Umwelt, erläutert anhand einer Präsentation den aktuellen Planungsstand zum Umbau des Weisbachschen Hauses. Sie teilt u. a. mit, dass das fest-gesetzte Budget von 6 Mio. EUR eingehalten werden soll.

Weiterhin informiert Frau Winkler darüber, dass im Zuge der Gespräche mit der SAB bezüglich der Förderfähigkeit der Planung noch über einige Details mit dem zuständigen Planungsbüro gesprochen werden müsse. Dies betrifft eventuelle Reduzierungen an der Gebäudekubatur, am Aufwand der

denkmalgerechten Fassadenrekonstruktion oder bei der Gestaltung der Glasfassade.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, informiert, dass es sich bei dem 1776 erbauten Weisbachschen Haus um eines von weltweit nur noch 5 erhaltenen Industriegebäuden aus dem Barock handelt und somit ein internationales Denkmal darstellt.

Stadtrat Rappenhöner fragt nach, ob mit dieser Vorlage die Vorplanung (wie im Beschlusstext geschrieben - also Leistungsphase 2) oder der Entwurf (also Leistungsphase 3) beschlossen werden soll.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass „Stand der Vorplanung“ die richtige Bezeichnung für den heutigen Beschluss ist.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, unterstützt im Namen seiner Fraktion dieses Vorhaben. Er bedankt sich für die ausführlichen Diskussionen in den Ausschüssen und Beantwortung von Anfragen zum Thema. Auch das Betreiberkonzept sei nach Meinung seiner Fraktion schlüssig. Stadtrat Schmidt bedankt sich auch bei der Familie Weisbach.

Stadtrat Schmidt fragt bezüglich der Glasfassade im Neubau Verhandlungen mit „ECONTROL“ - einem innovativen Plauener Unternehmen gegeben hat.

Die CDU-Fraktion möchte, dass die Stadträte in die Namensfindung zu diesem Projekt mit einbezogen werden und hat hierzu zeitnah einen entsprechenden Antrag an die Verwaltung eingereicht.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass der Stadtrat hier mit einbezogen werden kann. Gleichzeitig wurde zugesagt, dass der Begriff „Weisbachsches Haus“ bei der Namensfindung eine Rolle spielen soll.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., gibt im Namen ihrer Fraktion ebenfalls die Zustimmung zu diesem Projekt. Sie hält für eine sehr gute Entscheidung des Stadtrates, das gesamte Areal Elsteraue vom Weisbachschen Haus bis zum Schloss auf dem Amtsberg aufzu-werten.

Stadträtin Hänsel fragt nach, ob es angedacht ist, auch die Bevölkerung von Plauen bei der Namensfindung mit einzubinden.
Weiterhin möchte sie wissen, ob es geplant sei, im Rahmen der Umgestaltung auch die Böhlerstraße mit zu sanieren.

Frau Wolf, Leiterin Fachbereich Bau und Umwelt, antwortet, dass im neuen STB-Programm der Hartensteinplatz als Projekt bestätigt wurde. Dieser greift schon sehr weit in die Böhlerstraße ein. Das Reststück bis zur Ampel könnte über den Straßenbau finanziert werden. Ebenfalls im STB-Programm ist die Sanierung der Bleichstraße (vor den Weberhäusern) enthalten.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, stimmt ebenfalls im Namen seiner Fraktion zu. Seiner Meinung nach sei es vor allem Stadtrat Bernd Stubenrauch, SPD/Grüne-Fraktion, zu ver-danken, dass die Wahl des Standortes auf das Weisbachsche Haus gefallen ist.

Bezüglich des Betreiberkonzeptes würden aber nach wie vor Fragen bei Stadtrat Hermann offen bleiben. Aus Sicht seiner Fraktion sei dieses Betreiberkonzept noch nicht schlüssig.

Stadtrat Hermann bittet um Bericht zu aktuellen Stand der Finanzierung sowie zur Beteiligung des Kulturraums, der Vereine und der Wirtschaft.

Herr Dr. Salesch, Direktor des Vogtlandmuseums, erläutert den aktuellen Sachstand zum musealen Konzept für die Bleichstraße 1. Gemäß Fördermittelbescheid muss in diesem Gebäude ein Museum unterbracht werden. Es sei aber auch vorgesehen, mit der Kreativwirtschaft, der Kunstschule und der

Sommerakademie zusammen ein Angebot in der Elsteraue zu schaffen, dass für viele Interessenten anspruchsvolle Möglichkeiten bietet. Derzeit wird aber konkret erst einmal die museale Einrichtung geplant. Sobald hier erste konkrete Vorschläge vorliegen, sollen diese dem Stadtrat vorgestellt werden.

Weiterhin berichtet Herr Dr. Salesch, dass monatliche Besprechungen zur Ausstellungsgestaltung stattfinden. Ebenso gibt es zur Zeit ein Förderprojekt, in dessen Rahmen wissenschaftliche Recherchen und Restaurierungsarbeiten an einzelnen Objekten durchgeführt werden.

Bürgermeister Zenner informiert, dass es laut Förderbescheid auf jeden Fall eine museale Einrichtung werden muss. Dies ist ausdrücklich vom Fördermittelgeber verlangt worden. Dieser Fakt der musealen Einrichtung muss sich zwingend auch in der Namensgebung wiederfinden.

Beschluss:
Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt den Stand der Vorplanung für die Umnutzung des Weisbachschen Hauses zum Textilzentrum Plauener Spitze (s. Anlage) zur Kenntnis und bestätigt diesen als Grundlage für die Weiterführung der Planungen.

Abstimmungsergebnis: 38 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 37/18-4

2.5. Antrag der CDU-Fraktion zur Änderung des § 4 (5) der Hundesteuersatzung *Reg. Nr. 225-17*

- Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt seiner Fraktion.
Er teilt u. a. mit, dass der Beschlusstext des Ursprungsantrages, ***Reg. Nr. 225-17***, durch den Vorschlag des Bereichsjuristen Herrn Tillmann, geändert wurde.

Hierzu ist zu Beginn der heutigen Sitzung der Änderungsantrag der CDU-Fraktion, ***Reg. Nr. 260-18***, ausgereicht worden.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., teilt mit, dass ihre Fraktion dem Antrag der CDU-Fraktion nicht zustimmen wird. Nach Meinung ihrer Fraktion stellt dieser Antrag eine Ungleichbehandlung von Anspruchsberechtigten von Sozialleistungen dar und würde gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen. Menschen mit Erwerbsunfähigkeitsrente oder Geringverdiener würden hier nach Meinung der Fraktion DIE LINKE. benachteiligt.

Stadträtin Rank schlägt vor, statt der Zustimmung zu diesem Antrag besser gegen Verstöße bezüglich der Anmeldung oder Zahlung der Hundesteuer oder Verstöße gegen Leinenpflicht vorzugehen.

Stadträtin Alexandra Glied, Fraktion FDP/Initiative Plauen, unterstützt den Antrag der CDU-Fraktion. Sie sieht ihn nicht als unsozial, eher als ersten Schritt zur Gleichbehandlung. Es könnten eventuell Härtefallregelungen gefunden werden.

Stadtrat Dieter Rappenhöner, SPD/Grüne-Fraktion, zeigt sich entsetzt über diesen Antrag. Für ihn verstößt der Antrag eindeutig gegen den Gleichheitsgrundsatz. Er bezweifelt, dass das Ansinnen des Antrages rechtlich überhaupt zulässig wäre.

Stadtrat Frank M. Zabel, SPD/Grüne-Fraktion, teilt die Intention von Stadtrat Rappenhöner.
Im Vorgehen der CDU-Fraktion sieht er den Versuch, nach den Eltern (Erhöhung der Elternbeiträge) nun die nächste Gruppe der Plauener Bürger – die sozial Schwachen – „anzugehen“.

Stadtrat Zabel führt aus, dass für viele Bürger, die von dieser Änderung betroffen wären, der Hund nicht nur ein Tier sondern ein „vierbeiniger Lebenspartner“ sei.
Nach Meinung von Stadtrat Zabel würde die CDU-Fraktion mit diesem Antrag „sozialen Unfrieden schüren“.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, vertritt die Meinung, dass eine Ungleichbehandlung bereits durch die derzeitige Ermäßigung der Hundesteuer vorliegen würde. Dies würde es in ganz Sachsen nicht geben. Anlass für den Antrag der CDU-Fraktion sei die Sorge der Fraktion DIE LINKE. „um die alte arme Oma, die ihren kleinen Dackel noch braucht“ gewesen.

Nach Meinung von Stadtrat Weiß, sollten sich Menschen, die noch im Leben stehen, anders engagieren und „ihren Lebenspartner nicht in einem vierbeinigen Hund sehen“, sondern möglicherweise in der Gesellschaft finden.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, möchte eine Aussage von Stadtrat Zabel klarstellen, die nach seiner Meinung eine Lüge sei.

Stadtrat Kämpf führt aus, dass es nicht so sei, dass Familien, die Sozialhilfe empfangen, Kindergartenbeiträge oder die Erhöhung in irgendeiner Weise bezahlen müssten, die seien davon ausgenommen.

Ein Hund sei nach Meinung von Stadtrat Kämpf nicht lebensnotwendig. Bei der Sozialhilfe ginge es darum, den Lebensunterhalt sicherzustellen und nicht zusätzlichen „Mehrwert oder Luxus“ zu finanzieren, den sich ein arbeitender Mensch nicht leisten könnte.

Stadtrat Kämpf merkt an, dass es Familien gäbe, die sich von ihrer Sozialhilfe eventuell noch 3 bis 4 Hunde leisten würden, wodurch die Kinder dieser Familien in Nachteil geraten würden.

Die Mehreinnahmen, die mit dem Antrag der CDU-Fraktion eingenommen werden könnten, sollten nach Meinung von Stadtrat Kämpf besser für Kindertageseinrichtungen verwendet werden.

Stadträtin Glied stellt deutlich klar, dass es bei den Bedürftigen auf jeden Fall unterschiedliche Zielgruppen gäbe. Leider seien auch Menschen dabei, die durchaus arbeiten könnten aber aus diversen Gründen dies nicht tun würden. Das Ansinnen des Antrages sei erst einmal, die Senioren, denen es schlecht geht, zu unterstützten. Für soziale Fälle, die ebenfalls Unterstützung benötigen, gäbe es diverse Einrichtungen, die Unterstützung gewähren.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, führt zur Meinungsäußerung von Stadtrat Weiß aus, dass es auch in anderen Städten Sachsens Hundesteuerermäßigungen für Sozialhilfeempfänger gibt, z. B. in Zwickau und Chemnitz.

Zur Meinungsäußerung von Stadträtin Glied führt Stadtrat Hermann aus, dass bei angenommenen 200 Betroffenen, die bei Zustimmung zu diesem Antrag keine Ermäßigung mehr bekommen würden, vielleicht 5 dabei wären, die „in irgendeiner Art und Weise unverantwortlich ihr Leben gestalten“, so wären trotzdem noch 195 Betroffene übrig, die diesen Hund „als essentiellen sozialen Bestandteil in ihrem Leben haben“. Für diese Betroffenen könne Stadträtin Glied nach Meinung von Stadtrat Hermann keinen Vorschlag machen, wie denen trotzdem geholfen werden könnte.
Somit sei dieser Antrag unverantwortlich.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, vertritt die Meinung, dass mit dem Antrag ein sinnvoller Ansatz vorliegen würde. Er persönlich würde diesen Ansatz befürworten.

Stadtrat Zabel fühlt sich durch Stadtrat Kämpf persönlich angegriffen und als Lügner bezeichnet.

Er findet dies völlig unangemessen, da die Bezeichnung „Lügner“ Vorsatz unterstellen würde. Stadtrat Zabel gibt Stadtrat Kämpf die Gelegenheit zu überlegen und sich ggf. zu entschuldigen, bevor Stadtrat Zabel weitere Schritte gehen würde.

Oberbürgermeister Oberdorfer versucht, mit wenigen versöhnlichen Worten, dieses Thema vor der Abstimmung zu begleiten.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet darum, sachlich über diesen Antrag abzustimmen.

Beschluss zum Antrag, *Reg. Nr. 260-18*:
Zum vorliegenden CDU-Antrag, ***Reg. Nr. 225-17,*** zur Änderung der Hundesteuersatzung im § 4 Absatz 5 ist der Änderungstext wie folgt zu beschließen und die Hundesteuersatzung entsprechend zur Beschlussfassung dem Stadtrat vorzulegen:

„Für Hunde, die von Leistungsberechtigten fortlaufender Leistungen der Grundsicherung im Alter nach dem Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch – Sozialhilfe – und von solchen Personen, die diesen alters- und einkommensmäßig gleichstehen, gehalten werden, ist die Steuer für höchstens einen Hund auf Antrag auf die Hälfte des in § 3 Absatz 1 bestimmten Steuersatzes zu ermäßigen.“

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen; 19 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Der Antrag ist abgelehnt.
Beschluss-Nr.: 37/18-5

3. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Da nach Meinung von Stadtrat Andrè Hegel, Fraktion DIE Linke, jeglicher Fallschutz um die neuen Spielgeräte auf der Bahnhofstraße fehlt, fragt er nach, ob diese Spielgeräte vom TÜV abgenommen wurden. Weiterhin möchte er wissen, was passiert, wenn ein Kind von einem dieser Spielgeräte fällt und sich ernsthaft verletzt.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt nach, wie der aktuelle Sachstand bezüglich des Antrages ihrer Fraktion zum Thema Nutzung von Gaststättentoiletten als öffentliche Toiletten.

Bürgermeister Sárközy, antwortet, dass es bezüglich der Errichtung einer öffentlichen Toilette eine Vorlage im nächsten Stadtbau- und Umweltausschuss im Februar vorgelegt wird.

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, fragt nach, warum „sich Plauen momentan selbst kasteit“ und die Teilnehmerzahlen für Veranstaltungen im Parktheater auf 2.000 Plätze begrenzt. Weiterhin fragt er nach, wer Veranstaltungen im Jahr 2017 mit zum Teil 3.000 bis 5.000 Besuchern im Parktheater genehmigt hätte.

Stadtrat Eckardt fragt ebenso nach, ob die Stadt Plauen die vorgelegten Sicherheitskonzepte, die es für jedes große Fest geben müsse einfordern und dem Stadtrat vorlegen könnte.

Stadtrat Eckardt spricht weiterhin die vom Parktheaterverein nicht vorgelegten Zahlen bezüglich Auslastungen (Einnahmen und Ausgaben) an, die im Kultur- und Sportausschuss eingefordert wurden. Seiner Meinung nach war die Stadt Plauen schon immer Mitglied im Parktheaterverein und hätte somit als Vereinsmitglied jederzeit das Recht, die Zahlen des Vereines zu prüfen.

Oberbürgermeister Oberdorfer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Stadtrat Hansgünter Fleischer, CDU-Fraktion, bemängelt, dass teilweise der Schnee, der von den Anwohnern ordnungsgemäß im Schnittgerinne der Straßen abgelegt wird, durch die großen Fahrzeuge des Winterdienstes bei der Beräumung der Straßen wieder zurück auf den Gehweg geworfen wird.

Stadtrat Fleischer fragt nach, ob die Anwohner, die ja laut Satzung zur Beräumung verpflichtet sind, diesen durch den Winterdienst wieder auf den Fußweg geworfenen Schnee erneut beräumen müssten.

Weiterhin fragt Stadtrat Fleischer nach, wer im Falle eines Unfalls in solch einer Situation die Kosten trägt.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass man sich große Mühe geben wird, die Fußwege und Straßen von Schnee zu befreien, ohne dass jemand zu Schaden kommt.

Weiterhin schlägt Oberbürgermeister Oberdorfer vor, ein Gespräch mit den zuständigen Fahrern des Winterdienstes zu führen, dass auf solche Dinge besser geachtet werden soll.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE., fragt nach, ob auch ein Gutachten eingefordert wurde, als sich die Falknerei Hermann auf dem derzeitigen Gelände niedergelassen hat. Weiterhin möchte sie wissen, ob eventuell das Areal des ehemaligen Kurt-Mittag-Sportplatzes für eine Umsiedlung der Falknerei geeignet wäre.

Oberbürgermeister Oberdorfer hätte sich nicht vorstellen können, dass dieses Thema der eventuellen Umsiedlung der Falknerei ins Pfaffengut zu solchen Ablehnungen führen würde.

Oberbürgermeister Oberdorfer muss erkennen, dass hier einfach kein Wille da ist, aufeinander zu zugehen. Dass nach einer Willensbekundung auch Gutachten und Stellungnahme erfolgen müssten, wäre durchaus selbstverständlich gewesen.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt weiter aus, dass die Nutzungsverträge für das Gelände des Pfaffengutes vom damaligen Stadtrat gebilligt wurden, um das Pfaffengut durch ehrenamtlichen Einsatz erhalten zu können. Er hält die damalige Entscheidung für richtig.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass es nunmehr zwei Möglichkeiten gäbe. Einmal könnte die Falknerei am derzeitigen Standort verbleiben. Es müsste aber damit gerechnet werden, dass Teile des derzeitig genutzten Grundstückes noch für Gewerbeansiedlungen verkauft würden.
Die zweite Möglichkeit wäre, andere Standorte für eine Umsiedlung in Betracht zu ziehen.

Oberbürgermeister Oberdorfer wird hierzu entsprechende Gespräche mit Herrn Hermann und dem Fachgebiet Stadtplanung und Umwelt führen und den Stadtrat zu gegebener Zeit über den aktuellen Sachstand informieren.

Plauen, den

Plauen, den

Ralf Oberdorfer
Oberbürgermeister

Plauen, den

Ilka Reißner
Stadträtin

Plauen, den

Peggy Glaß
Schriftführerin

Tobias Kämpf
Stadtrat